

# Villmar fehlt eine Million

## Starker Einbruch bei den Steuereinnahmen auch in 2010

Villmar (zi). Die Wirtschaftskrise schlägt auch auf Villmars Finanzen durch. So ist bei den Steuereinnahmen mit dramatischen Einbrüchen zu rechnen, erläuterte Bürgermeister Hermann Hepp (CDU) dem Gemeindevorstand. Nachdem das Finanzministerium die Zahlen für das dritte Quartal vorgelegt hat, liegt nach Hepps Worten bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer das Defizit bei rund 480 000 Euro gegenüber dem geplanten Ansatz von 3,1 Millionen Euro. Auch bei der Gewerbesteuer wird der Marktflecken mit rund 130 000 Euro weniger auskommen müssen. Veranschlagt waren 730 000 Euro.

Auch 2010 lässt sich, so Hermann Hepp, keine Besserung erkennen. Unterm Strich wird die Gemeinde rund eine Million Euro weniger zur Verfügung haben.

Zwar muss die Gemeinde rund 280 000 Euro weniger an Kreis- und Schulumlage zahlen, dennoch hat Villmar, so Hepp, in 2010 542 000 Euro weniger an Schlüsselzuweisungen. Auch bei den anderen Kommunen im Kreis sieht Hepp eine vergleichbare Entwicklung.

### ■ Hepp sieht dringenden Handlungsbedarf bei den Zuweisungen

In diesem Zusammenhang kritisierte der Villmarer Bürgermeister ein weiteres Mal die Kriterien des kommunalen Finanzausgleiches. Es könne es nicht sein, dass eine mit Villmar vergleichbare Kommune bei den Schlüsselzuweisungen mit rund 1,1 Millionen Euro höheren Zuweisungen bedacht werde. Die Einwohnerzahl, so

Hermann Hepp, könne nicht neben der Steuerkraft als einziges Kriterium zur Berechnung der Schlüsselzuweisungen herhalten. Hier sei dringender Handlungsbedarf gegeben, was auch die Gemeindevertretung bekräftigt habe.

Deren Beschluss richtete sich gegen die von der Landesregierung geplanten Absenkungen des kommunalen Finanzausgleiches um 400 Millionen Euro ab dem Jahr 2011 und mache auf eine Reform des kommunalen Finanzausgleiches aufmerksam.

Neben der aktuellen Finanzsituation beschäftigte sich der Gemeindevorstand auch mit dem von der Verwaltung erarbeitenden Haushaltssicherungskonzept. Hierbei gehe es um eine gesetzliche Vorgabe, so Bürgermeister Hermann Hepp, der die Gemeinde nachzukommen habe.

Nicht zuletzt durch die Einführung des neuen Rechnungswesens hätten sich die Haushalte der Städte und Gemeinden aufgrund der Abschreibungen defizitär entwickelt. In einem solchen Fall sei seitens der Kommune ein Haushaltssicherungskonzept der Auf-

sichtsbehörde im Rahmen der Haushaltsgenehmigung vorzulegen. Das 13 Seite umfassende Werk beleuchtete ausführlich die Haushaltsthematik und insbesondere die öffentlichen Einrichtungen wie Wasser, Abwasser, Bürgerhäuser, Friedhöfe und Kindergärten. In diesem Zusammenhang legte Hepp dem Gemeindevorstand auch den Finanzplanungserlass des Hessischen Innenministeriums vom 2. Oktober vor.

Darin wird nach seinen Worten auf eine konsolidierte Haushaltsführung hingewiesen und zugleich betont, dass Unterdeckungen in den Gebührenhaushalten nicht länger akzeptiert werden.

### ■ Die Gemeinde Villmar kommt nicht länger an kostendeckenden Gebühren vorbei

Demnach werde, so Hepp, Villmar nicht umhinkommen, im Bereich der Wasser- und Abwassergebühren eine hundertprozentige Kostendeckung anzustreben. Die Kostendeckungsgrade bewegten sich derzeit beim Wasser bei 83,9 Prozent und beim Kanal bei 84,3 Prozent.

Noch dramatischer sieht die Unterdeckung im Bereich der Bürgerhäuser aus. Hier liegt laut Hepp der Kostendeckungsgrad im Schnitt zwischen 5,7 und 6,6 Prozent. Die Verwaltung wird nun prüfen, die Bür-

gerhäuser aus dem Haushalt auszugliedern und in einer anderen Rechtsform (wie GmbH, Eigenbetrieb, oder Stiftung) zu betreiben.

Selbstverständlich wird auch die Ausgabenseite intensiv beleuchtet, so der Bürgermeister. So habe man in den zurückliegenden Jahren den Verwaltungs- und Betriebsaufwand konstant gehalten. Es werde letztlich vieles auf den Prüfstein kommen müssen, auch im Bereich der freiwilligen Leistungen der Gemeinde.

Hermann Hepp: „Ich sehe mich in den Forderungen bestätigt, den kommunalen Finanzausgleich zu reformieren. Denn die Kommunen besitzen nach dem Grundgesetz und der Landesverfassung einen geschützten Anspruch auf erforderliche Finanzausstattung“.

In diesem Zusammenhang unterstütze er auch die Forderung des Hessischen Finanzministers Karlheinz Weimar, der eine Reform des Länderfinanzausgleiches für ebenfalls dringend notwendig ansehe.

Hessen sei im Länderfinanzausgleich eines von vier „Geberländer“. Im Jahr 2008 habe das Land rund 2,5 Milliarden Euro in diesen Ausgleichstopf gezahlt. Hepp: „Wenn sich hier eine Systemänderung ergeben würde, erginge es den hessischen Städte und Gemeinden wesentlich besser“.

Das Haushaltssicherungskonzept wird nun den Haupt- und Finanzausschuss beschäftigen, bevor die Gemeindevertretung darüber befindet.

WT

Datum:

NNP

Datum: 21.10.09

# Villmar in Finanznot

## Finanzausgleich ist erneut in der Kritik

**Villmar im Sog der Finanz- und Wirtschaftskrise: 480 000 Euro Defizit bei der Einkommen- und Körperschaftssteuer, 130 000 Euro weniger Gewerbesteuer.**

Villmar. In seiner jüngsten Sitzung beschäftigte sich der Gemeindevorstand ausführlich mit der gegenwärtigen Finanzsituation der Gemeinde.

Auch im Bereich der Steuereinnahmen und Finanzzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches 2010 lässt sich nach den Worten von Bürgermeister Hermann Hepp keine Besserung erkennen. „Unterm Strich“, so Hepp, „werden wir rund eine Million Euro weniger in diesem Bereich zur Verfügung haben.“

Zwar müsse die Gemeinde rund 280 000 Euro weniger an Kreis- und Schulumlage zahlen, dennoch habe Villmar in 2010 bei den Schlüsselzuweisungen mit rund 542 000 Euro weniger an Zuweisungen zu rechnen. Bei den anderen Kreiskommunen sieht Hermann Hepp eine vergleichbare Entwicklung. In diesem Zusammenhang kritisierte der Villmarer Bürgermeister erneut die Kriterien des kommunalen Finanzausgleiches. Hier könne es nicht sein, dass eine mit Villmar vergleichbare Kommune, welche zwar ein gleich hohes Steueraufkommen hat und ein Mehr von 1000 Einwohnern, bei den Schlüs-

selzuweisungen mit rund 1,1 Millionen Euro höheren Zuweisungen bedacht wird. Die Einwohnerzahl, so Hermann Hepp, könne nicht mehr neben der Steuerkraft als einziges Kriterium zur Berechnung der Schlüsselzuweisungen herhalten. Hier sei dringend Handlungsbedarf gegeben.

Neben der aktuellen Finanzsituation beschäftigte sich der Gemeindevorstand mit dem von der Verwaltung erarbeitenden Haushaltssicherungskonzept. Nicht zuletzt durch die Einführung des neuen Rechnungswesens haben sich die Haushalte der Städte- und Gemeinden aufgrund der Abschreibungen defizitär entwickelt.

Das 13 Seiten umfassende Werk beleuchtet die Haushaltsthematik und vor allem die öffentlichen Einrichtungen wie Wasser, Abwasser, Bürgerhäuser, Friedhöfe und Kindergärten.

### Kostendeckung wird gefordert

Der Marktflecken Villmar werde nicht umhinkommen, im Bereich der Wasser- und Abwassergebühren eine hundertprozentige Kostendeckung anzustreben. Die Kostendeckungsgrade bewegten sich 2008 beim Wasser bei 83,9 Prozent und beim Kanal bei 84,3 Prozent. Noch dramatischer sieht die Unterdeckung im Bereich der Bürgerhäuser aus. Hier liegt der Kostendeckungs-

grad im Schnitt zwischen 5,7 und 6,6 Prozent, so der Bürgermeister. Hier wird die Verwaltung prüfen, die Bürgerhäuser aus dem Haushalt auszugliedern und in einer anderen Rechtsform (GmbH, Eigenbetrieb, Stiftung etc.) zu betreiben.

Selbstverständlich wird auch die Ausgabenseite intensiv beleuchtet, so der Bürgermeister. Was verwaltungsseitig gemacht werden kann, werde auch unternommen. So habe man in den zurückliegenden Jahren den Verwaltungs- und Betriebsaufwand konstant gehalten. Es werde letztlich vieles auf den Prüfstein kommen müssen, auch im Bereich der freiwilligen Leistungen der Gemeinde.

Hermann Hepp sieht sich letztlich in seinen Forderungen bestätigt, den kommunalen Finanzausgleich zu reformieren. Denn die Kommunen besitzen nach dem Grundgesetz und der Landesverfassung einen geschützten Anspruch auf erforderliche Finanzausstattung. In diesem Zusammenhang unterstützt der Villmarer Bürgermeister die Forderung des Hessischen Finanzministers Karlheinz Weimar, der eine Reform des Länderfinanzausgleiches für ebenfalls dringend notwendig ansieht.

Das Haushaltssicherungskonzept wird nunmehr den Haupt- und Finanzausschuss beschäftigen, bevor die Gemeindevertretung hierüber zu befinden hat.

nmp